

ÖSTERREICH | CHRONIK

290.000 Todesfälle durch Schwangerschaft und Geburt weltweit

Von Apa | 07.05.2015 - 13:35 | [Kommentieren](#)

Fast 290.000 Frauen sterben jedes Jahr an den Folgen von Schwangerschaft und Geburt. Auf jeden Todesfall kommen rund 25 Frauen mit Komplikationen und teils lebenslangen gesundheitlichen Folgen. Darauf machten Sprecherinnen der Plattform "Mutternacht" drei Tage vor dem Muttertag bei einer Pressekonferenz in Wien aufmerksam.

"Die Senkung der Müttersterblichkeit ist jenes Millenniumsziel, von dem wir am allerweitesten weg sind, obwohl es von den Kosten her günstig zu realisieren wäre", sagte die SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung, Petra Bayr. Sie hat gemeinsam mit der Österreichischen Gesellschaft für Familienplanung die "Mutternacht" vor fünf Jahren nach Österreich geholt. Der Initiative haben sich mittlerweile 20 Organisationen und Akteure an.

Die Vereinten Nationen haben 1990 im Rahmen ihrer sogenannten Millenniumsziele die Reduktion der Müttersterblichkeit um 75 Prozent bis zum Jahr 2015 ins Auge gefasst. Gelungen ist das nur in neun Ländern, darunter Bangladesch. 99 Prozent der Todesfälle während der Schwangerschaft und bei der Geburt ereignen sich in den sogenannten Ländern des Globalen Südens - viele in Afrika. Die meisten von ihnen wären durch bessere Gesundheitsversorgung, Bildung - damit einhergehend spätere Schwangerschaften und ein Zurückdrängen der Tradition der Genitalverstümmelung - und den Zugang von Verhütungsmitteln vermeidbar.

SITELINK

70 Jahre "Salzburger Nachrichten"



Bestellen Sie jetzt 70 Ausgaben der "Salzburger Nachrichten" um nur € 19,45. Die Jubiläumsausgabe

erhalten Sie gratis dazu! >

"Über 200 Millionen Frauen wissen zwar Bescheid über Verhütung, sie haben aber keinen praktischen Zugang zu Verhütungsmitteln", sagte CARE-Österreich-Direktorin Andrea Wagner-Hager. Sie zitierte aus einer vor mehreren Jahren durchgeführten internationalen Untersuchung, wonach Frauen im Durchschnitt zwei

Kinder haben möchten. "Keine wünscht sich acht oder zwölf Kinder, wie das in manchen Ländern Realität ist", sagte Wagner-Hager.

Der österreichische Beitrag an den UNO-Bevölkerungsfonds, der Programme zur Förderung der sogenannten reproduktiven Gesundheit in Entwicklungsländern umsetzt, ist laut der Plattform von 1,9 Millionen Euro im Jahr 2008 auf 150.000 Euro im Jahr 2013 geschrumpft. Anja Appel, Generalsekretärin der Katholischen Frauenbewegung, erhob die Forderung an die Bundesregierung, "dass sie ihre Entwicklungspolitik ernsthaft überdenkt".

Auch Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) bemerkt eine "rückschrittliche Tendenz, was reproduktive Gesundheit betrifft" und sieht auch die Höhe der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit kritisch. "Wir sind in Österreich nicht sehr gut unterwegs", konstatierte die SPÖ-Politikerin. Nach der Forderung des Koalitionspartners ÖVP, dass alle Ministerien zur Aufstockung der Mittel beitragen, sieht Heinisch-Hosek in erster Linie ÖVP-Außenminister Sebastian Kurz in Verantwortung. "Wir erwarten einen Plan, wie er vorzugehen gedenkt", sagte die Bildungs- und Frauenministerin. "Ohne polemisch sein zu wollen" argumentierte sie